

Etienne Schneider

Raus aus dem Euro – rein in die Abhängigkeit?



Perspektiven und Grenzen alternativer
Wirtschaftspolitik außerhalb des Euro

Etienne Schneider
Raus aus dem Euro – rein in die Abhängigkeit?

Etienne Schneider ist Universitätsassistent und Doktorand am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien und Mitglied der PROKLA-Redaktion.

Etienne Schneider

Raus aus dem Euro – rein in die Abhängigkeit?

Perspektiven und Grenzen alternativer Wirtschaftspolitik
außerhalb des Euro

Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung

VSA: Verlag Hamburg



Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 3.0 Germany License (abrufbar unter www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode). Nach dieser Lizenz dürfen Sie die Texte für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen unter der Bedingung, dass die Namen der Autoren und der Buchtitel inkl. Verlag genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und Sie ihn unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons Lizenz oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

© VSA: Verlag 2017, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Umschlagfoto: Creative Commons Zero (CC0) License
Druck- und Buchbindearbeiten: Beltz Bad Langensalza GmbH
ISBN 978-3-89965-749-4

Inhalt

Einleitung	9
Die Exit-Diskussion	12
Raus aus dem Euro – und dann?	18
Vorbemerkungen zur Konzeption der Arbeit	22
1. Ungleiche Entwicklung in Europa, Perspektiven alternativer Wirtschaftspolitik und die Restriktionen der Eurozone	27
Der lange Trend der Deindustrialisierung in der südeuropäischen Peripherie	28
<i>Abhängige Industrialisierung und »vorreife« Deindustrialisierung innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Eurozone</i>	29
<i>Die Eskalation der Ungleichgewichte in der Eurokrise</i>	34
Zurück in die Zukunft!? Produktive Rekonstruktion und sozial-ökologische Transformation als Perspektiven alternativer Wirtschaftspolitik	40
Die Bedeutung von Geld- und Währungspolitik im Rahmen alternativer Wirtschaftspolitik	48
<i>Das Kreditsystem und die Steuerungskapazität der Zentralbanken im Rahmen des Mindestreservesystems</i>	49
<i>Geldpolitische Optionen im Rahmen alternativer Wirtschaftspolitik</i>	60
<i>Binnenwirtschaftliche Restriktionen</i>	62
<i>Währungspolitische Optionen im Rahmen alternativer Wirtschaftspolitik</i>	64

Der Euro – keine Fehlkonstruktion, sondern die »perfekte Zwangsjacke« für alternative Wirtschaftspolitik	66
<i>Der supranationale Charakter des Europäischen Systems der Zentralbanken</i>	68
<i>Die monetaristische Konstruktion der EZB</i>	76
<i>Die Europäische Zentralbank als Preventer of Last Resort gegenüber alternativer Wirtschaftspolitik</i>	82

**2. »Sachzwang Weltmarkt«: Geld- und währungspolitische
Spielräume in der internationalen Arbeitsteilung** 89

Der Zusammenhang von Geldpolitik, Wechselkurs und Zahlungsbilanz	90
---------------------------------------------------------------------------	----

Die politische Konstitution und asymmetrische Wirkung des »Sachzwang Weltmarkt«	95
------------------------------------------------------------------------------------------	----

<i>Die Krise des Fordismus und die Internationalisierung des Kapitals</i>	96
-----------------------------------------------------------------------------------------	----

<i>Hierarchische internationale Arbeitsteilung und die Polarisierung der Leistungsbilanzpositionen</i>	109
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

<i>Die globale Währungshierarchie</i>	114
---------------------------------------------	-----

An easy way out!? Zu den Möglichkeiten und Grenzen von Kapitalverkehrskontrollen	120
-------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Strukturelle statt monetäre Ursachen von Inflation und externen Ungleichgewichten – die Position des lateinamerikanischen Strukturalismus	128
-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Die monetäre Sphäre schlägt zurück. Rüdiger Dornbuschs und Sebastián Edwards' Kritik der »Macroeconomics of Populism«	135
-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Stabilitätspolitik von links? Die Position des Monetärkeynesianismus	140
-------------------------------------------------------------------------------	-----

Einige Schlussfolgerungen	144
---------------------------------	-----

3. Das sozialistische Experiment in Frankreich und die contrainte extérieure	149
Strukturelle und politische Ausgangsbedingungen	150
<i>Die Strukturprobleme der französischen Ökonomie im Kontext von Internationalisierung und internationaler Arbeitsteilung</i>	150
<i>Gegen den Strom der Zeit – die monetaristische Wende in den USA, Großbritannien und der BRD</i>	153
<i>Das Europäische Währungssystem</i>	154
Vom socialisme à la française zur rigueur à la Mitterrand	156
<i>Die Politik der relance – oder: »the policy of the dog that kills itself swimming against the current«</i>	157
<i>Die Geld- und Kreditpolitik der ersten Monate – zwischen Expansion und außenwirtschaftlicher Restriktion</i>	162
<i>Importsog und die erste Abwertung im Oktober 1981</i>	169
<i>Die zweite Abwertung im Juni 1982: Kurswechsel nach deutschen Bedingungen</i>	171
<i>Auf dem Weg zum tournant de la rigueur – die dritte Abwertung im März 1983</i>	174
Ursachen des Scheiterns und Alternativen	178
<i>Der Konflikt um das Europäische Währungssystem</i>	182
<i>Strategien der autre politique: Die Diskussion über Alternativen jenseits des Europäischen Währungssystems</i>	186
4. Konsequenzen für die Exit-Diskussion	193
Der prekäre Entwicklungsweg eines einzelnen Exits von links	196
Reform des europäischen Währungssystems – die Rückkehr zum EWS als linke Strategie?	201
5. Die Option eines kooperativen Bruchs mit der Eurozone	205
Literatur	213
Danksagung	235

Einleitung

»Das ganze Gramscianische Problem bestand darin, die Frage zu beantworten: Wie kann man verhindern, nur den Staat zu attackieren, während sich die Zivilgesellschaft dagegen auflehnt [...]. Das Problem [von Syriza war], dass der Staat die Wirtschaft nicht kontrolliert. Die Europäische Zentralbank kontrolliert die Wirtschaft. Egal wie viel man vom Staat übernimmt und egal wie viele Menschen man auf der Straße zur Unterstützung mobilisiert – es kommt nicht darauf an, weil sich die ultimative Macht dadurch nicht beeinflussen lässt, die in Frankfurt und Brüssel ist. Ich denke, das ist es, was ich meine mit [Syriza als] einer Gramscianischen Partei in einer nicht-gramscianischen Welt.«

Mason 2015, eigene Übersetzung

Der Wahlsieg Syrizas 2015 markierte einen Einschnitt. Erstmals seit der Mitterrand-Regierung Anfang der 1980er Jahre in Frankreich und dem Siegeszug des Neoliberalismus in Europa gelang es einer linken, d.h. links von der Sozialdemokratie stehenden Kraft, zentrale Positionen des Staates in einem europäischen Land¹ zu besetzen und den neoliberalen Charakter der EU offensiv infrage zu stellen (Ovenden 2015). Spätestens seit dem 13. Juli 2015 war jedoch klar, dass Syriza mit ihrem Ziel, die Austeritätspolitik² zu beenden und ein alternatives Wirtschaftsprogramm gegen die Mehrheit der Eurogruppe durchzusetzen, gescheitert ist. Angesichts der bestehenden Kräfteverhältnisse waren viele Erwartungen zu hoch gegriffen. Umso intensiver verläuft seither die Debatte über die Gründe des Scheiterns. Die Krise in Südeuropa schwelt indes weiter: Die griechische Ökonomie stagniert angesichts neuer Austeritätsmaßnahmen, in Spanien und Portugal zeichnet sich zwar ein leicht-

¹ Eine Ausnahme bildet die ambivalente Erfahrung der Linksregierung in Zypern 2008 bis 2013 (vgl. Charalambous/Ioannou 2015).

² Austerität lässt sich mit den Worten Mark Blyths prägnant auf den Punkt bringen als »Form der freiwilligen Deflation, in der sich die Wirtschaft durch die Senkung von Löhnen, Preisen und öffentlichen Ausgaben anpasst, um die Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen, was sich (vermeintlich) am besten durch Kürzen von staatlichen Budgets, Schulden und Defiziten erreichen lässt« (Blyth 2013: 2, eigene Übersetzung).

ter Konjunkturaufschwung ab, dennoch ist die Arbeitslosigkeit nach wie vor hoch und die Schuldenbelastung erdrückend (Papadatos-Anagnostopoulos 2016, Bischoff/Radke 2015: 80-6). Seit Herbst 2016 verschlechtern sich die Verschuldungsbedingungen der südeuropäischen Euroländer erneut.

Gleichzeitig beschleunigt sich seit dem Sommer 2015 die Dynamik tiefgreifender politischer Ereignisse: Auf den »langen Sommer der Migration«, der inzwischen mit einer drastischen Verschärfung des europäischen Grenzregimes und einer offenen Außerkraftsetzung des Grundrechts auf Asyl beantwortet wurde, folgte im Juni 2016 dann das Brexit-Votum – der bisher wohl deutlichste Ausdruck der Existenzkrise des europäischen Integrationsprojekts (Busch et al. 2016: 9, 15-30).

Die Diskussion innerhalb der Linken wirkt angesichts dieser Beschleunigung atemlos (vgl. Prokla-Redaktion 2016). Sie hinkt den Ereignissen hinterher anstatt aktiv einzugreifen. Das führt zum Versuch, noch mehr noch schneller und noch hektischer zu machen. Gerade jetzt bräuchte es aber Zeit und Konzentration, um grundlegende strategische Fragen der europäischen Linken nach dem Scheitern von Syriza jenseits des kurzfristigen Horizonts der Tagespolitik neu zu stellen: »Überblick verschaffen, Luftholen, Nachdenken« (Candeias 2015, vgl. auch Wahl 2015). Es gilt, aus dem Scheitern – der »wichtigste[n] Bewegungsform der Linken« – zu lernen (Candeias 2016), ohne jedoch eine affektive Bindung ans Scheitern zu kultivieren (Pfaller 2015: 82). Dazu soll dieses Buch einen Beitrag leisten.

Bei der rückblickenden Betrachtung ist weitestgehend unstrittig, dass die Strategie Syrizas, den Machtblock der Eurozone zu spalten (die sozialdemokratischen Regierungen Frankreichs und Italiens gegen den Austeritätsblock um Deutschland) und geopolitische Spannungen auszunutzen (Annäherung an Russland und China, um die EU, unter dem Druck der USA, zu Zugeständnissen zu bewegen), nicht aufgegangen ist (Sablowski 2015: 2).

Wie auch Mitglieder der griechischen Verhandlungsdelegation einräumen, wurden die Macht der Gegenseite und ihre Skrupellosigkeit gegenüber einer demokratisch gewählten Regierung schlichtweg unterschätzt (Salmon 2015, Koronakis 2016). Obwohl Syriza bestimmte Möglichkeiten, wie beispielsweise die Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen ohne Abstimmung mit der Troika nicht oder nicht schnell genug ausreizte, ließen die Ausgangsbedingungen von Beginn an nur geringe Spiel-

räume. Daher soll es hier mit Blick auf die Unterzeichnung des dritten Memorandums nicht um Polemiken von Verrat oder Versagen gehen.³

Ebenfalls weitgehend unstrittig ist, dass die Bedingungen der »Ver einbarung« vom 13. Juli 2015 wenig Raum für eine alternative Politik lassen, wie sie von Syriza ursprünglich angestrebt wurde. Zwar wird das Verhandlungsergebnis auch innerhalb der linken Diskussion mit dem Argument verteidigt, dass es die am wenigsten schlechte Option sei, zumal ein vergleichsweise hohes Kreditvolumen von 86 Mrd. Euro für drei Jahre ausgehandelt werden konnte und eine Schuldenerleichterung in Aussicht gestellt wurde (Bischoff/Radke 2015: 13-21). Doch sollen nach Projektionen der Europäischen Kommission diese 86 Mrd. Euro, die während der dreijährigen Laufzeit bis 2018 in einzelnen Tranchen nach und nach im Gegenzug für die Erfüllung der Vereinbarung ausgeschüttet werden, fast ausschließlich in die Bedienung laufender Kredite und die Rekapitalisierung der Banken fließen. Lediglich 4,5 der 86 Mrd. Euro stehen dem griechischen Staat für die Aufstockung von Reserven und Ausgaben zur Verfügung (Zacharakis 2015). Im Gegenzug verpflichtete sich die Regierung, die Austeritätspolitik der vergangenen Jahre weitgehend ungebrochen fortzusetzen. Besonders brisant sind neben tiefen Einschnitten ins Rentensystem ein automatischer Kürzungsmechanismus und die umfangreiche Überführung öffentlichen Eigentums in einen Privatisierungsfonds. Syriza hat sich damit – trotz verbleibender gegenläufiger Bemühungen – nach der Abspaltung der Laiki Enotita und einer Reihe von Austritten in ein »unwilliges Vollstreckungsorgan« (Kritidis 2016) der Memoranden-Politik verwandelt, welchem es nicht mehr um einen Bruch, sondern bestenfalls noch um eine soziale Abfederung der Austeritätspolitik geht.

Umstritten ist aber, was aus diesem Scheitern folgt: Lässt sich unter den herrschenden Kräfteverhältnissen schlichtweg kein relevanter Kurswechsel durchsetzen – war die Kapitulation also alternativlos? Oder er-

³ Wie Tassos Koronakis, ehemaliger Generalsekretär von Syriza, argumentiert hat, bestand die eigentliche »Niederlage« weniger in den Bedingungen der »Einigung« auf ein neues Kreditprogramm im Juli 2015 als darin, dass Syriza überhaupt derartig erpressbar war und die Parteispitze um Tsipras Neuwahlen für den September 2015 ansetzte, bevor Syriza sich parteiintern auf einen Umgang mit dem Verhandlungsergebnis einigen konnte (so Koronakis auf der Konferenz »Zerfall der EU oder demokratische Reorganisation von links« der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, 12.-14.11.2015).

laubt ein Austritt aus dem Euro (also ein »Grexit«, oder allgemein: »Left Exit«: »Lexit«), Spielräume für alternative Wirtschaftspolitik jenseits des Prinzips TINA⁴ zu öffnen? Braucht es zumindest einen »Plan B« – die Vorbereitung des Austritts –, wenn sich »Plan A« – die demokratische Veränderung der EU – als unmöglich erweist, um nicht noch einmal derartig erpressbar zu sein (Mélénchon et al. 2015)?

Die Exit-Diskussion

Die Kontroverse, welche Schlüsse aus dem Scheitern von Syriza zu ziehen sind, hat sich auf diese Weise auf den Euro und die Haltung zur Europäischen Union (EU) zugespitzt (vgl. Neues Deutschland 2015, Nölke 2015, Konecny 2015). Damit sind auch die Europäische Zentralbank (EZB) und ihre Geldpolitik, die bis zur Krise weitgehend unbeachtet blieben, in den Fokus der Aufmerksamkeit gerückt.⁵ Viele Diskussionsbeiträge arbeiten aufbauend auf der kritischen EU-Forschung heraus, wie die neoliberale Wirtschaftsordnung in »den Euro«, d.h. den institutionellen Aufbau der EZB und die Verträge der Wirtschafts- und Währungsunion, eingeschrieben wurde. Um nur einige Aspekte zu nennen: Die EZB muss nach ihrem Statut der Preisstabilität den Vorrang vor anderen Zielen wie Beschäftigung oder Wachstum geben. Aufgrund des Verbots der Staatsfinanzierung schlägt der Druck der Finanzmärkte direkt auf die Refinanzierungsbedingungen des öffentlichen Sektors durch. Die Konvergenzkriterien von Maastricht schreiben gleichzeitig die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte vor, was aufgrund der Steuerkonkurrenz im europäischen Binnenmarkt tendenziell ausgabeseitig, d.h. austeritätspolitisch geschehen muss (Leibfried 2010: 276, Höpner 2015a). Die Geld- und Währungspolitik der EZB kann nur dem *one-size-fits-all*-Ansatz folgen, orientiert sich also an der durchschnittlichen Wirtschaftsentwicklung des Euroraums. Dadurch verschärfen sich bereits bestehende Ungleichgewichte und Peripherisierungstendenzen im Euroraum (Inflationsraten, Produktivität,

⁴ *There is no alternative.*

⁵ Nicht nur von links, auch von rechts und innerhalb des herrschenden politischen Lagers hat sich die Kritik an der EZB intensiviert. Heftig umstritten ist hier die monetäre Staatsfinanzierung der EZB im Rahmen ihres OMT-Programms sowie das aktuelle Niedrigzinsniveau in Folge des *Quantitative Easing* (vgl. Hesse et al. 2016).

Wettbewerbsfähigkeit) weiter, da gerade die spezifische Situation peripherer Ökonomien wenig Beachtung findet (Wahl 2015, Becker 2012, vgl. auch Heine/Herr 2008). Unterschiedliche Entwicklungen des Preisniveaus können nicht mehr durch Abwertung nationaler Währungen (und damit Verbilligung der Exportprodukte im Ausland) ausgeglichen werden – als einziger Anpassungspfad bleibt Ländern mit Leistungsbilanzdefiziten nach der auf Dauer untragbaren kreditfinanzierten Entwicklung der Abbau von Arbeitsrechten und die Senkung von Löhnen, Abgaben, Renten und ökologischen Standards (»innere Abwertung«) (Flassbeck/Lapavistas 2015: 107, Mussacchio 2012: 437-8). Obwohl die EZB als unabhängige Institution demokratischer Kontrolle entzogen ist, wurde sie in der Euro-Krise zum mächtigsten ökonomischen Staatsapparat auf europäischer Ebene, der die Austeritätspolitik durch die Konditionalität des Anleihenprogramms oder – im Fall Griechenland – die Deckelung der ELA-Kredite⁶ unmittelbar erzwingen konnte. In der Konsequenz betrachtet ein Teil der europäischen Linken einen »Grexit« bzw. allgemein den Austritt aus dem Euro, also die Rückgewinnung »monetärer Souveränität« in Verbindung mit einem einseitig durchgeführten Schuldenschnitt als einzige verbleibende Option, um Spielräume für alternative Wirtschaftspolitik in Griechenland, aber auch in Portugal und Spanien zurückzugewinnen.

Ebenso systematisch legen die GegnerInnen⁷ eines Grexits aber auch die Probleme eines Austritts von Griechenland aus der Eurozone und des Übergangs zu einer neuen Währung dar (vgl. Candeias 2013b, Bischoff/Radke 2015: 123-130): Die Abwertung der »Drachme 2.0« würde die Leistungsbilanzprobleme aufgrund der Importabhängigkeit und schwachen Produktionsbasis der griechischen Wirtschaft verschärfen und damit die

⁶ Zwischen Februar 2015 und Juni 2016 akzeptierte die EZB griechische Staatsanleihen nicht mehr als Sicherheiten bei ihren Refinanzierungsgeschäften, weshalb das griechische Finanzsystem vom Emergency Liquidity Assistance-Programm (ELA) abhängig wurde, dessen Kreditrahmen wöchentlich vom EZB-Rat neu genehmigt werden muss.

⁷ Eine kurze Bemerkung zum sprachlichen Gendern: Ich habe versucht, auf geschlechtersensible Sprache zu achten. Das bedeutet zugleich auch, ungleiche Geschlechterverhältnisse nicht durch durchgängiges Gendern zu verschleiern. So habe ich beispielweise bei der Diskussion bestimmter Ansätze bewusst nur die männliche Form benutzt, weil mir ausschließlich männliche Autoren bekannt sind.

Versorgungslage der Bevölkerung dramatisch verschlechtern. Letztlich bestünde sogar die Gefahr, durch eine Abwertung eine (Hyper-)Inflation zu importieren, zumal die griechische Notenbank nicht die nötigen Devisenreserven hätte, um die neue Währung gegen Spekulationen und damit verbundene heftige Wechselkursschwankungen zu stabilisieren (Ruparel 2015). Die Redenominierung der Konten würde gleichzeitig die Guthaben kleiner SparerInnen abwerten, während große Vermögen zur Wertsicherung längst ins Ausland transferiert wurden. Zudem würde sich die Außenverschuldung sowohl des öffentlichen wie auch des privaten Sektors schlagartig bis zur Zahlungsunfähigkeit erhöhen. Der dann nötige einseitige Schuldenschnitt kappt Griechenland von den internationalen Finanzmärkten ab. Kapitalmangel blockiert in der Folge die Entwicklung der griechischen Ökonomie auf Jahrzehnte – mit unabsehbaren politischen Konsequenzen (Aufstieg der faschistischen Goldenen Morgenröte etc.). Jeder Versuch, an die internationalen Finanzmärkte zurückzukehren, würde eine »Kooperation« mit dem IWF und/oder den Kreditinstitutionen der EU notwendig machen, in diesem Fall aber unter noch schlechteren Verhandlungsbedingungen. Selbst der vehemente Verfechter eines Grexits von links, Costas Lapavistas (2015), räumte ein, dass ein Grexit im Juli 2015 angesichts der geringen Vorbereitung eines solchen Schritts enorme negative Folgen gehabt hätte.

Dass sich die linke Diskussion über das Scheitern von Syriza derart auf die Frage der Haltung zum Euro zugespitzt hat, trifft auch selbst auf grundsätzliche Kritik. Während die eine Seite den Euro für ein Schlüsselproblem hält, verweist die andere darauf, dass die Diskussion oft bekenntnishaft geführt wird und Gefahr läuft, die linken Kräfte, ähnlich dem rechtskonservativen Lager, an der Haltung zum Euro und der EU zu spalten, anstatt sie zu bündeln und gemeinsame strategische Perspektiven zu entwickeln (Kipping 2015, Riexinger 2016). Von Bewegungsseite wurde eingewandt, dass die Exit-Diskussion technizistisch und »partei-kommunistisch« sei und das Wichtigste übergehe: die »gesellschaftliche Bewegung«, die eine »soziale Transformation« trägt (Blockupy goes Athens 2015). Letztlich, so auch Bernd Riexinger (2016), ginge es um die Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse, aus denen sich nicht einfach mit einem Exit aus dem Euro aussteigen lasse. Joachim Bischoff und Björn Radke (2015: 137-9) werfen der linken Euro-Diskussion zudem vor, die Problematik durch die Fokussierung auf die Währungsfrage auf die Sphäre der Zirkulation zu reduzieren, obwohl die eigentlichen Ur-

sachen der Krise und folglich auch der Ansatzpunkt alternativer Wirtschaftspolitik auf der Ebene der Produktionsverhältnisse liegen. Noch grundlegender sind die Einwände, dass die deutschsprachige Linke nicht in der Position sei, den GriechInnen »Ratschläge« zu erteilen, und dass die Kritik des Euros letztlich auf eine anti-europäische Position hinauslaufe, die den Weg für den Rückfall in Nationalismus oder zwischenstaatliche, kriegerische Rivalität in Europa ebne.

Dieses Buch widmet sich dennoch der Euro-Diskussion. Denn während manche dieser Einwände durchaus gewichtig sind, können sie nicht prinzipiell begründen, warum die europäische Linke die Euro-Diskussion nicht führen sollte, oder warum diese irrelevant bzw. nachrangig sei. So richtig es ist, dass die Währungsfrage den breiteren Horizont der Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nicht verstellen sollte, so wenig ist der Euro selbst eine politisch neutrale Einrichtung, »die sich je nach Kräfteverhältnis demokratisch und sozial, oder aber autoritär und neoliberal aufladen lässt« (Höpner 2015a). Vielmehr sind die politischen Kräfteverhältnisse tief in die Konstruktion der Eurozone eingeschrieben und strukturieren damit auf entscheidende Weise das institutionelle Terrain, mit dem alternative politische Projekte mit Blick auf ihre wirtschaftspolitischen Optionen konfrontiert sind. Insofern greift auch der Einwand zu kurz, dass die Euro-Diskussion grundsätzlich auf die Ebene der Zirkulation verengt sei. Geld ist kein Oberflächenphänomen über den »eigentlichen« Produktionsverhältnissen, sondern jenes Band, das – wie Marx es formulierte – »den allgemeinen gesellschaftlichen Zusammenhang, die gesellschaftliche Substanz« (MEGA II.2/20, Gr 874, zit. nach Heinrich 2001: 232) zwischen an sich unkoordinierter, privat verrichteter Arbeit repräsentiert und herstellt. »Realwirtschaftliche« und »monetäre« Sphäre lassen sich insofern, auch entgegen dem neoklassischen Mainstream in den Wirtschaftswissenschaften, niemals trennen (vgl. Fußnote 46): Die Währungsfrage bildet zwar sicherlich keine hinreichende, wohl aber eine notwendige Auseinandersetzung, die die Linke mit Blick auf grundlegende wirtschaftspolitische Alternativen zu führen hat (ähnlich Wahl 2015: 34). Auch die Verknüpfung des Euro mit der Überwindung von Nationalismus,⁸ gemäß Merkels Diktum »Schei-

⁸ Die »europäische Idee« hat ihrer Struktur nach rein gar nichts mit den Prinzipien eines linken Internationalismus zu tun, wie ihre rechte Vereinnahmung, beispielsweise bei den »Patriotischen Europäern gegen die Islamisie-

tert der Euro, dann scheitert Europa«, ist wenig überzeugend. Vielmehr haben die aktuellen Konflikte in der Eurozone um die Austeritätspolitische Bearbeitung der Krise nationalistische Ressentiments und Rhetorik in vielen europäischen Ländern in einem längst überwunden geglaubten Ausmaß wieder aufleben lassen (Streeck 2015: 371). Die politische Rechte in Europa konnte in dieser Situation enorm an Stärke gewinnen, weil sie eine teils plump nationalistische, teils aber auch begründete Kritik am neoliberalen Charakter der EU und der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion für sich vereinnahmen konnte. Dagegen blieb die linke Kritik – trotz der immer weiter sinkenden Zustimmungswerte zur EU (FES 2016: 10) – eher blass.

Ein noch wichtigerer Grund, die Exit-Diskussion zu vertiefen, liegt darin, dass dem uneingeschränkten Festhalten am Euro letztlich eine glaubhafte Perspektive fehlt, wie sich ein grundlegender politischer Kurswechsel am Ende *tatsächlich* gegen die herrschenden Kräfte in Europa durchsetzen lässt. Das heißt im Umkehrschluss nicht, dass der Ausstieg aus dem Euro an sich bereits einen radikalen, progressiven Bruch bedeutet. Es geht um viel weitreichendere Schritte wie die Rückgewinnung und den Aufbau einer öffentlichen, bedürfnisorientierten sozialen Infrastruktur in Bereichen wie Gesundheit, Sorgearbeit und Mobilität und die sozial-ökologische Rekonstruktion und Transformation der Produktionssysteme. Eine Fixierung auf die Währungsfrage kann und sollte diese Perspektive nicht verstellen oder gar ersetzen. Wie aber die Erfahrung der Syriza-Regierung gezeigt hat, würde selbst die Durchsetzung noch weit weniger weitreichender Schritte eine Konfrontation bedeuten, auf die die Gegenseite gerade bei einer Linksregierung in der Peripherie der Eurozone abermals mit drastischen Mitteln reagieren könnte – insbesondere der Kappung der Liquiditätszufuhr mittels der EZB oder die Drohung mit dem Rauswurf aus dem Euro.

Letztlich geht es um nicht weniger als das Problem, unter welchen Bedingungen sich alternative Wirtschaftspolitik mittelfristig – weder rückblickend im Juli 2015, noch im Irgendwann eines sich selbst zersetzenden Kapitalismus, sondern in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren – überhaupt noch umsetzen lässt. Das Problem einer Strategie der Reform der EU oder der Neugründung Europas, die einseitige Brüche mit

„... der Abschottung des Abendlandes« (PEGIDA), oder die brutale Abschottung der EU-Außengrenzen zeigen.

der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion ablehnt, besteht darin, dass sie auf eine *gleichmäßige* Verschiebung der Kräfteverhältnisse in ganz Europa setzen muss. Denn eine reguläre Veränderung der EU-Verträge erfordert in vielen Fällen Einstimmigkeit unter den Regierungen aller EU-Mitgliedsstaaten (Heine/Sablowski 2015: 589). Ein solches Szenario ist jedoch nicht nur angesichts der aktuellen politischen Kräfteverhältnisse in den meisten EU-Ländern, sondern auch *aufgrund der ungleichen Krisendynamik und der damit verbundenen ungleichen politischen Mobilisierung* unrealistisch bis utopisch. Das zeigt sich nirgendwo drastischer als an der geringen Solidarität und den Problemen der Kooperation zwischen den Gewerkschaften in Europa⁹ (Becker 2012, Hofmann 2014).

Während sich insbesondere in Griechenland und Spanien sowie – in geringerem Maße – in Portugal starke linke Bewegungen und Parteien entwickelten (Vogel 2016), blieb die Dynamik politischer Mobilisierung für eine grundlegende Veränderung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion in Zentrumsländern wie Deutschland, Österreich oder den Niederlanden, aber auch in Frankreich, Italien sowie Mittel- und Osteuropa schwach. Vor diesem Hintergrund lähmt sich die europäische Linke selbst, wenn sie auf eine gleichmäßig starke Mobilisierung in ganz Europa – insbesondere in den politisch wichtigsten Ländern Deutschland und Frankreich – wartet, bis die Neubegründung Europas von unten oder auch »nur« eine grundlegende Reform der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, beispielsweise in Richtung einer Ausgleichs- und Sozialunion¹⁰ (vgl. Busch et al. 2016, Varoufakis et al. 2015), endlich stattfinden kann. Auch Konzepte, die unter der Annahme einer einvernehmlichen Auflösung der Eurozone alternative Währungs-

⁹ So halten beispielsweise die deutschen Gewerkschaften im Exportsektor am Euro als Garant der deutschen Exportstärke aus »nacktem ökonomischen Interesse« fest, obwohl dessen Konstruktion anderen Gewerkschaften in Europa eindeutig schadet (Höpner 2015b).

¹⁰ Wolfgang Streeck (2015: 379-80) berechnet, dass die Ausgaben des deutschen Bundeshaushaltes um 15% wachsen müssten, damit die Transferzahlungen an die Peripherie der Eurozone ein Niveau erreichen, das mit den Ausgleichszahlungen an die Neuen Bundesländer nach der Wiedervereinigung vergleichbar wäre. Selbst diese haben jedoch nur dazu ausgereicht, die Ungleichgewichte zwischen West- und Ostdeutschland nicht größer werden zu lassen, nicht aber, diese abzubauen.

systeme für Europa in die Diskussion bringen (vgl. bspw. Stiglitz 2016), sind angesichts dieser Konstellation ungleicher Entwicklung und politischer Mobilisierung dazu verdammt, »idealistische« Modellkonstruktionen zu bleiben. Deshalb muss die Linke über Möglichkeiten nachdenken, wie Spielräume für eine alternative Wirtschaftspolitik auf mittlere Sicht im Zweifel auch mittels einseitiger Brüche mit den bestehenden Formen der Integration und durch neue Formen der Kooperation – im Sinne selektiver Desintegration und Reintegration – zurückgewonnen werden können (Wahl 2016a, Nölke 2013).

Raus aus dem Euro – und dann?

Doch auch diese Strategie ist mit einem grundlegenden Problem konfrontiert: Eröffnet eine Rückverlagerung einzelner Kompetenzen auf die nationalstaatliche Ebene – mit Blick auf die Währungsfrage die Wiedereinführung nationaler Währungen – angesichts der Internationalisierung des Kapitals und des damit verbundenen »Sachzwangs Weltmarkt« (Altwater 1987) überhaupt neue Spielräume, unabhängig von den oben skizzierten Problemen des Übergangs? Blockieren also außenwirtschaftliche Restriktionen außerhalb der Währungsunion alternative Wirtschaftspolitik genauso stark oder gar noch stärker, als dies innerhalb der Eurozone bereits der Fall ist – zumal aus der Perspektive der vergleichsweise schwachen, »peripheren«¹¹ Ökonomien Griechenlands,

¹¹ Die Unterscheidung von Peripherie und Zentrum entstammt dem lateinamerikanischen Strukturalismus und der Polarisierungstheorie. Mit Blick auf die Eurokrise hat sich diese Unterscheidung inzwischen auch alltagssprachlich etabliert (Weissenbacher 2015: 86-7). Daran mag irritieren, dass die Eurozone insgesamt in der internationalen hierarchischen Arbeitsteilung eindeutig dem Zentrum zuzuordnen ist. Nichtsdestotrotz weisen die internen Verhältnisse des Euroraums ähnliche Dynamiken von Zentrum und Peripherie wie das Verhältnis zwischen Globalem Norden und Globalem Süden auf. Daher sind die meisten süd-, mittel- und osteuropäischen Ökonomien auch durch klassische periphere Merkmale charakterisiert. In globaler Hinsicht müssen die Ökonomien der südeuropäischen Peripherie – also Griechenland, Portugal und Spanien – im Anschluss an die weltstheoretischen Arbeiten jedoch als »Semi-Peripherie« beschrieben werden, da sie ihrerseits auch Dominanzeffekte gegenüber anderen Ökonomien ausüben (für Spanien Huke 2016: 98, grundlegend Wallerstein 1976: 462-3, Arrighi 1985).

Portugals und Spaniens? So argumentieren beispielsweise Bischoff und Radke mit Blick auf Griechenland, dass »[d]ie Marktkräfte [...] dem Land [nach einem Ausstieg aus dem Euro, Anm. E.S.] einen noch brutaleren Sparkurs diktieren [würden] als denjenigen [der Memoranden], den die meisten Griechen zu Recht als Erpressung empfinden« (2016: 130). Noch drastischer äußert sich Michael Krätke vor dem Hintergrund der Grexit- und Brexit-Diskussion: »Selbst der wütendste Nationalismus bietet keinen Schutz vor den Stürmen des Weltmarkts, heute weniger denn je zuvor in der Geschichte des Kapitalismus« (2016: 20).

Sicher: Es gibt keine Rückkehr zum »souveränen Nationalstaat« oder zu einer uneingeschränkten »monetären Souveränität«. Insbesondere die globalisierungskritische Linke hat in den 1990ern und 2000ern vor dem Hintergrund des Verlusts nationalstaatlicher Spielräume die Strategie verfolgt, der Internationalisierung des Kapitals und damit verbundenen staatlichen Funktionen eine eigene transnationale Organisation entgegenzusetzen. Zum sichtbarsten Ausdruck dieses Bemühens wurde die Bewegung der Weltsozialforen. Doch so wichtig diese Antwort zunächst war, so wenig greifbar blieben doch reale Veränderungsperspektiven auf der transnationalen Ebene, weil die dort angesiedelten staatlichen Steuerungsformen noch stärker als viele Nationalstaaten gegen die Einflussnahme »von unten« abgeschirmt sind. Heute liegt die Bedeutung der Weltsozialforen eher im Austausch von Strategien als in einer genuin transnationalen Organisationsperspektive (Brand 2013b). Angesichts dieser Schwierigkeiten transnationaler und europäischer Organisation halte ich es nicht für gerechtfertigt, die Auseinandersetzung mit den auf nationalstaatlicher Ebene liegenden Optionen mit dem Verweis auf die Begrenztheit der dort vorhandenen Spielräume *von vornherein* als rückschrittlich oder naiv abzutun. Eine solche Auseinandersetzung wäre nur dann naiv oder rückschrittlich, wenn sie die globale Konstellation und internationale Solidarität als übergreifenden Horizont linker Politik außer Acht lassen würde.

Mit einem Ausstieg aus dem Euro unter linkem Vorzeichen werden zwei Hoffnungen auf Spielräume für alternative Wirtschaftspolitik verbunden: Einerseits die Ausweitung fiskalpolitischer Spielräume, da ein Exit einen einseitigen Schuldenschnitt erlauben würde, der innerhalb der Eurozone nicht durchführbar ist, und staatliche Investitionen durch Verschuldung in eigener Währung – auch über das Maß des Stabilitätspaktes hinaus – finanziert werden könnten; andererseits die Aus-

weitung geld- und währungspolitischer Spielräume durch die Rückgewinnung nationalstaatlicher »monetärer Souveränität«. Obwohl beide Gesichtspunkte zentral sind, konzentriert sich das vorliegende Buch auf die Frage geld- und währungspolitischer Spielräume. Zwei Fragen stehen hierbei im Vordergrund:

1. Welche *Rolle* könnte eine *eigenständige Geld- und Währungspolitik* nach einem Austritt im Rahmen einer alternativen Wirtschaftspolitik spielen?
2. Bedeutet ein Austritt für *die südeuropäische Peripherie* überhaupt – gerade auf längere Sicht – einen Hinzugewinn an geld- und währungspolitischem Spielraum für eine alternative Wirtschaftspolitik gegenüber den Bedingungen der Eurozone angesichts der außenwirtschaftlichen Restriktionen des »Sachzwang Weltmarkt«?

Um diesen Fragen nachzugehen, habe ich den Fokus der Betrachtung wiederum auf zwei Schwerpunkte gelegt: *Einerseits* auf die Auseinandersetzung mit drei kontroversen Positionen zur Frage der außenwirtschaftlichen Restriktionen von Geld- und Währungspolitik: dem lateinamerikanischen Strukturalismus, der monetaristischen Kritik an dieser Position, wie sie von Rüdiger Dornbusch und Sebastián Edwards formuliert wurde, sowie der monetärkeynesianischen Perspektive, wie sie von Hansjörg Herr und Jan Prieue vertreten wird. Mit Blick auf wirtschafts- und entwicklungspolitische Optionen progressiver Regierungen in peripheren Ökonomien, insbesondere in Lateinamerika, gelangen diese Perspektiven zu verschiedenen, teils gegensätzlichen Schlussfolgerungen. Die Auswahl dieser Positionen erschien mir sinnvoll, weil sie ein breites Feld an relevanten Argumenten abdecken und gleichzeitig wichtige Erfahrungen alternativer Wirtschaftspolitik in Lateinamerika reflektieren, welche bisher in der europäischen Diskussion eine untergeordnete Rolle spielen.

Andererseits betrachte ich die Erfahrung der Linksregierung unter Mitterrand in Frankreich zwischen 1981 und 1983. Diese Erfahrung ist nicht nur deshalb relevant, weil es sich um den letzten Versuch handelte, in Westeuropa ein umfassendes linkskeynesianisch-sozialistisches Wirtschaftsprogramm im nationalstaatlichen Rahmen umzusetzen. Sie ist auch relevant, weil das Scheitern dieses Projekts im Zusammenhang mit der Eskalation außenwirtschaftlicher Restriktionen in Form von Zahlungsbilanzungleichgewichten und Spekulationsdruck gegenüber dem französischen Franc stand. Dementsprechend hat das Schicksal dieses

Regierungsprojekts auch in der aktuellen Euro-Diskussion erneut Aufmerksamkeit auf sich gezogen (Stützle 2014, Mitchell 2015). Die Erfahrung der Linksregierung in Frankreich ist darüber hinaus insofern interessant, als sie einerseits – anders als die Syriza-Regierung in Griechenland – fiskalpolitisch unabhängig agieren konnte, die geld- und währungspolitischen Spielräume andererseits bereits durch eine frühere Form der monetären Integration in Europa – das Europäische Währungssystem (EWS) und die damit verbundene Wechselkursbindung – begrenzt waren. Ähnlich wie in der aktuellen Diskussion wurde auch in der französischen Linken nach dem Scheitern der Linksregierung die Haltung zur monetären Integration grundsätzlich infrage gestellt. Während heute eine Rückkehr zum EWS beispielsweise von Oskar Lafontaine (2015) als eine linke Strategie in die Diskussion eingebracht wird, bestand der einzige Konsens in der damaligen französischen Debatte Mitte der 1980er Jahre darin, dass das EWS überwunden werden muss, um Spielräume für alternative Wirtschaftspolitik zurückzugewinnen. Heftig umstritten war die Frage, in welche Richtung das EWS aufgelöst werden sollte: Während die eine Seite, angeführt vom Finanz- und Wirtschaftsminister der Linksregierung und späteren Präsidenten der Europäischen Kommission Jacques Delors, eine Überwindung des EWS in Richtung vertiefter monetärer Integration zur »Einhegung« der monetären Macht der deutschen Bundesbank anstrebte und das Projekt des Euro vorantrieb, sah die andere Seite um den linken Flügel der *Parti socialiste* (PS) und die *Parti communiste français* (PCF) im Bruch mit dem EWS und einer Abkopplung der französischen Ökonomie die einzige Möglichkeit, Spielräume für eine »andere Politik« (*»autre politique«*) zurückzuerlangen.

Die folgenden Kapitel dieses Buches sind entlang zentraler Fragen aufgebaut, die sich vor diesem Hintergrund für die Strategie einer alternativen, sozialistischen Wirtschaftspolitik stellen:

1. Welche Bedeutung könnte einer eigenständigen Geld- und Währungspolitik im Rahmen einer alternativen Wirtschaftspolitik in der südeuropäischen Peripherie zukommen, insbesondere vor dem Hintergrund von Deindustrialisierung in der südeuropäischen Peripherie und ungleichen Entwicklungsmustern innerhalb der Eurozone?
2. Wie schränkt die Konstruktion der Eurozone diesen prinzipiellen Möglichkeitsrahmen eigenständiger Geld- und Währungspolitik durch ihren institutionellen Aufbau und die in sie eingeschriebenen politischen Kräfteverhältnisse ein?

3. Was sind die wesentlichen Grundzusammenhänge von Geldpolitik, Wechselkurs und Zahlungsbilanz mit Blick auf kleinere, offene Ökonomien? Wie hängen die damit verbundenen Restriktionen mit der hierarchischen internationalen Arbeitsteilung, der globalen Währungshierarchie sowie dem Prozess der Internationalisierung des Kapitals zusammen? Was sind die Möglichkeiten und Grenzen von Kapitalverkehrskontrollen, um die daraus entstehenden Restriktionen abzuschwächen?
4. Wie wurde das Problem der Restriktion der Geld- und Währungspolitik im Rahmen alternativer Wirtschaftspolitik bei (semi-)peripherer Einbettung in die internationale Arbeitsteilung in zentralen Debatten zu diesem Thema – innerhalb des lateinamerikanischen Strukturalismus, in der monetaristischen Kritik dieses Ansatzes sowie im Mone-tärkeynesianismus – diskutiert?
5. Wie wirkten die Restriktionen der Geld- und Währungspolitik im Falle des linkskeynesianisch-sozialistischen Regierungsprojekts unter Mitterrand in Frankreich (1981-83)? Welche Rolle spielten diese Restriktionen für das Scheitern des Projekts und den daran anschließenden Kurswechsel zur Austeritätspolitik? Wie wurde die Frage der europäischen Währungs Kooperation vor dem Hintergrund dieses Scheiterns in der französischen Linken diskutiert?

Im abschließenden Kapitel 4 wird der Frage nachgegangen, welche Schlussfolgerungen sich aus den betrachteten Diskussionen und der französischen Erfahrung im Hinblick auf die Strategie des »linken Exits« und eine Rückkehr zum Europäischen Währungssystem (EWS) ziehen lassen.

Vorbemerkungen zur Konzeption der Arbeit

Diese Herangehensweise ist mit einigen Problemen verbunden. So ist zunächst fraglich, inwieweit die diskutierten Positionen zur Frage der außenwirtschaftlichen Restriktionen der Geld- und Währungspolitik sowie die französische Erfahrung aus den frühen 1980er Jahren überhaupt auf die heutige Situation der südeuropäischen Peripherie übertragbar sind. Der Fokus der Auseinandersetzung liegt daher auf den wichtigsten Argumenten, die – bei angemessener Reflexion ihres Zeitkerns – weiterhin Gültigkeit beanspruchen können. Um hiervon ausgehend die ge-

nauen Spielräume für alternative Wirtschaftspolitik in der südeuropäischen Peripherie nach einem Austritt aus dem Euro auszuloten, wären detailliertere Analysen der jeweiligen Wirtschaftsstruktur der einzelnen Länder notwendig, was abgesehen von der Skizze einiger allgemeiner Entwicklungslinien der südeuropäischen Peripherie im Rahmen dieses Buchs nicht geleistet werden konnte. Ich hoffe aber, zumindest einige Grundfragen herausgearbeitet zu haben, an die weitere Arbeiten anknüpfen können. Außen vor bleiben muss dabei leider auch – wie zu oft – die Situation der mittel- und osteuropäischen Ökonomien im Euroraum. Sie wurden neben arbeitspragmatischen Gründen auch deshalb ausgeklammert, weil die politischen Bedingungen für einen Kurswechsel in Richtung alternativer Wirtschaftspolitik dort noch geringer scheinen als in den europäischen Zentrumsökonomien.

Das Problem der Vergleichbarkeit betrifft zudem das Verhältnis der französischen Ökonomie zur südeuropäischen Peripherie: Im Gegensatz zu Griechenland oder anderen so genannten »Krisenländern« in der Eurozone, für die aktuell vor allem ein Exit diskutiert wird, aber auch im Gegensatz zu den peripheren Ökonomien, die die drei skizzierten Positionen (Strukturalismus, Monetarismus, Monetärkeynesianismus) vor Augen haben, ist Frankreich sowohl in globaler als auch in europäischer Hinsicht eine »Zentrumsökonomie«. Gleichzeitig sah sich die französische Ökonomie, wie ich im Kapitel 3 begründen werde, gegenüber der westdeutschen sowie der US-amerikanischen und der japanischen Wirtschaft bereits in den 1980er Jahren Dominanzeffekten ausgesetzt. Damit verbunden waren Zahlungsbilanzungleichgewichte und Spekulationsdruck, welche als typische Probleme peripherer und semi-peripherer Ökonomien gelten.

Über weite Strecken konzentriert sich das Buch auf Optionen alternativer Wirtschaftspolitik – insbesondere Geld- und Währungspolitik –, obwohl deren Durchsetzung umfassendere gesellschaftliche Transformationsprozesse voraussetzen würde. Durch diese arbeitspragmatische Eingrenzung hat die Arbeit eine gewisse »Schlagseite« in Richtung eines instrumentalistischen, »steuerungsoptimistischen« Staatsverständnisses und ökonomistischer Verkürzung. Dies ist aus materialistischer Perspektive, die am Gesamtzusammenhang der gesellschaftlichen Verhältnisse orientiert ist, einerseits problematisch. Andererseits hat mir die Ausklammerung anderer Fragen erlaubt, bestimmte Zusammenhänge fokussierter zu betrachten.

Eine Eingrenzung auf geld- und währungspolitische Aspekte innerhalb breiterer Fragen der Wirtschaftspolitik bildet den Ausgangspunkt der Untersuchung. Geld- und währungspolitische bzw. monetäre Fragen lassen sich jedoch nur schwerlich isoliert betrachten. Sie sind untrennbar mit Fragen der Struktur des Produktionssystems, der internationalen Arbeitsteilung und der Industrie- und Fiskalpolitik¹² verbunden. Diese Gesichtspunkte werden insofern betrachtet, als sie für die Frage nach geld- und währungspolitischen Spielräumen und Restriktionen bzw. Formen der monetären Dependenz relevant sind.

Den wichtigsten theoretischen Bezugspunkt bilden dabei marxistische und (post-)keynesianische Arbeiten. Allerdings habe ich darauf verzichtet, mich eng an eine einzelne disziplinäre und theoretische Perspektive und ihre begriffliche Systematik anzulehnen, zumal mir keine als vollständig geeignet für die Erschließung der Fragestellung erschien. Dies hat den offenkundigen Nachteil geringerer argumentativer Präzision und Kohärenz, meines Erachtens gegenüber einer Arbeit mit einer geschlossenen theoretischen und disziplinären Perspektive aber den Vorteil, umfassende Zusammenhänge breiter zugänglich darstellen zu können und oft parallel verlaufende, ansonsten weitgehend unverbundene Diskussionsstränge zu den von mir behandelten Problemen und Gegenständen zusammenzuführen.

Obwohl im Folgenden einige Grunddynamiken der ungleichen Entwicklung in Europa skizziert werden, die in der Krise eskalierten, ist dies keine Arbeit, die sich in erster Linie der Eurokrise widmet – so sehr die Krise die aktuelle Ausgangssituation jeder alternativen Wirtschaftspolitik in der südeuropäischen Peripherie der Eurozone bestimmt. Insofern baut sie auf der mittlerweile weit verzweigten Diskussion in der kritischen Politischen Ökonomie zur Eurokrise auf, ohne diese Diskussion selbst zu vertiefen. Auch verfolgt diese Arbeit nicht das Ziel, die Frage nach der Wünschbarkeit eines Austritts aus dem Euro aus der Perspektive der südeuropäischen Peripherie uneingeschränkt mit »ja«

¹² In dieser Hinsicht hat mich auch die umfangreiche Arbeit von Ingo Stützle (2013) über weite Strecken meines Arbeitsprozesses begleitet und mir nicht nur viele wichtige Anregungen, sondern auch argumentative Stützpunkte gegeben. Die Fragestellung meiner Arbeit unterscheidet sich dennoch grundlegend insofern, als ich die Restriktionen der monetären Integration Europas nicht im Hinblick auf fiskalpolitische, sondern im Hinblick auf geld- und währungspolitische Spielräume betrachte.

oder »nein« zu beantworten. Vielmehr geht es darum, die jeweiligen Probleme verschiedener Strategien systematisch zu beleuchten, um zur aufgeladenen Diskussion über den Euro mit einer möglichst nüchternen strategischen Einschätzung beizutragen.